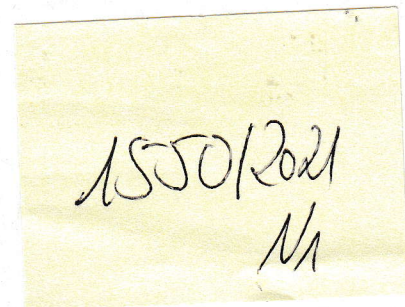


Fachbereich Personal und Organisation Bereich Rats- und Stadtbezirksangelegenheiten	
04. OKT. 2021 Cala 13.40 Uhr	
18.60	



Hannover, den 4. Oktober 2021

In den Kulturausschuss  
In den Schul- und Bildungsausschuss  
In den Verwaltungsausschuss  
In die Ratsversammlung

**Neufassung Antrag DS 1550/2021 gemäß §34 der Geschäftsordnung des Rates der Landeshauptstadt Hannover**

## **Stärkung von jüdischem Leben in der Landeshauptstadt**

### **Antrag zu beschließen:**

Die Verwaltung wird beauftragt in Zusammenarbeit mit RIAS, den jüdischen Gemeinden in Hannover und weiteren interessierten Akteur\*innen ein Konzept zur Stärkung des jüdischen Lebens zu erstellen. Der Fokus soll dabei nicht nur auf der Bekämpfung von Antisemitismus liegen, Vordergründig soll jüdisches Leben in der Landeshauptstadt sichtbar gemacht werden.

In dem Konzept sollen unter anderem folgende Aspekte einfließen:

- eine Stelle für jüdisches Leben in der Verwaltung
- Kooperationen bzw. Städtepartnerschaften mit Israel
- Fachübergreifende Sichtbarmachung (z.B. im Bereich Kultur)
- Projekte zur Aufklärung an den Schulen (z.B. über die „Schulen mit Courage“)

Weiterhin erinnert die Landeshauptstadt (bspw. durch den Oberbürgermeister) das Land Niedersachsen daran, dass erweiterte Sicherheits- und Schutzmaßnahmen in jüdischen Einrichtungen umgesetzt werden müssen.

### **Begründung:**

Jüdisches Leben ist Teil der hannoverschen Stadtgesellschaft, doch überwiegen immer wieder antisemitische Erzählungen und Vorurteile gegenüber „dem“ Judentum. Die vorherrschende Erinnerungskultur und allgemeine Betroffenheitsbekundungen ändern daran nichts. Deswegen ist es Zeit, sichtbar über jüdisches Leben auch und vor allem abseits von Religion aufzuklären und sie in der Landeshauptstadt sichtbar zu machen.

Das deutsche Erinnerungstheater (nach Max Czollek) tendiert dazu, Antisemitismus und jüdisches Leben in der Vergangenheit zu verorten, indem vorrangig der Holocaust bzw. „die toten Juden“ thematisiert werden. Mit diesem Konzept soll eine Fokusverschiebung erfolgen, die das Leben der jüdischen Menschen in unserer Stadtgesellschaft in der Gegenwart widerspiegelt und stärkt.

Ebenso sind vom Land versprochene Maßnahmen nach Anschlägen auf jüdische Einrichtungen und jüdisches Leben bisher unzureichend umgesetzt worden. Hier ist die Landeshauptstadt in der Pflicht entsprechenden Druck aufzubauen.

Juli Klippert  
Fraktionsvorsitz

Die FRAKTION  
Wagenerstr. 9 A  
30169 Hannover

0511 168-318 32  
die.fraktion@hannover-rat.de  
www.diefraktion-hannover.de